



## Motionen

**Motion der SVP-Fraktion: Eingliederungsmassnahmen für Sozialfälle; Frage der Umwandlung in ein Postulat und der Erheblicherklärung**

Eveline Nef sowie 13 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 19.2.2008 die beiliegende Motion "Eingliederungsmassnahmen für Sozialfälle" ein. Der Stadtrat beantragt im Einvernehmen mit der Erstunterzeichnerin, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln. Gemäss Art. 65 des Geschäftsreglements des Stadtparlaments kann mit einem Postulat beantragt werden, dass der Stadtrat prüfe und Bericht erstatte, ob ein Entwurf für eine Revision der Gemeindeordnung oder den Erlass eines Reglements vorzulegen oder ob eine Massnahme zu treffen sei.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

**1 Ausgangslage**

Die SVP-Fraktion stellt dem Stadtrat den Antrag, einen Bericht mit Vorschlägen für mögliche Massnahmen zur Beschäftigung von Sozialhilfeempfangenden vorzulegen. Arbeitsfähige Personen sollen nur dann Sozialhilfe empfangen, wenn sie eine gemeinnützige Tätigkeit verrichten. Wer Arbeit im Dienst der Allgemeinheit verweigert oder sich ungenügend einsetzt, soll nur noch Nothilfe empfangen.

Von der Pflicht zur gemeinnützigen Arbeit ausgenommen werden sollen Personen, die sich (via RAV) auf der Stellensuche befinden und nicht ausgesteuert sind, solche, die auf Grund ihrer Gesundheit oder ihres Alters nicht dazu in der Lage sind, sowie Schwangere und Mütter, die durch das Gesetz geschützt werden.



## **2 Grundsätzliche Unterstützung des Anliegens**

Der Stadtrat unterstützt das grundsätzliche Anliegen, neu angemeldete Sozialhilfeempfangende so schnell wie möglich wieder in einen (gemeinnützigen) Arbeitsprozess einzubinden. Gerade die überwiegend positiven Erfahrungen der Stadt Winterthur mit dem Projekt „Passage“ weisen den Wert für die Klientinnen und Klienten und ein gutes Kosten/Nutzen-Verhältnis aus.<sup>1</sup>

Nur bei einem Teil der Sozialhilfeempfangenden kann das Ziel der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt bestehen. Die mit dem Postulat angeregten Massnahmen müssten sich auf diese Zielgruppe beschränken.

Bereits heute werden arbeitsfähige Personen vom Sozialamt so rasch als möglich bei der Stiftung für Arbeit angemeldet. Normalerweise können sie sich innert ein bis zwei Monaten bei der Stiftung für Arbeit vorstellen und mit der Arbeit beginnen. Eine gemeinnützige Tätigkeit ist somit nur in den ersten 30 bis 60 Tagen möglich und sinnvoll.

Sollen neue Klientinnen und Klienten des Sozialamts so schnell in einen Arbeitsprozess eingebunden werden, wird dies eine eigene Organisation für die Koordination und Betreuung der gemeinnützigen Tätigkeit brauchen. Mit den bestehenden personellen Ressourcen können weder die Stiftung für Arbeit noch das Sozialamt diesen Auftrag umsetzen.

Weiter darf die gemeinnützige Tätigkeit weder eine Konkurrenz für den primären Arbeitsmarkt darstellen noch vor allem bestehende Arbeitsplätze gefährden. Damit sind nicht alle vorgeschlagenen Einsatzmöglichkeiten realisierbar.

---

<sup>1</sup> Finanzielle Nutzen und Wirksamkeit von Massnahmen zur Arbeitsintegration - Schlussbericht Januar 2008 / [http://www.soziales.winterthur.ch/upload/file/748\\_KNA\\_AIM\\_Wthur\\_SchluBe\\_08\\_01\\_16.pdf](http://www.soziales.winterthur.ch/upload/file/748_KNA_AIM_Wthur_SchluBe_08_01_16.pdf)



### **3 Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der als Motion „Eingliederungsmassnahmen für Sozialfälle“ eingereichte parlamentarische Vorstoss wird als Postulat mit folgendem Auftrag erheblich erklärt:

„Der Stadtrat wird gebeten, einen Bericht, allenfalls einen Bericht mit Antrag für erforderliche Massnahmen und Regelungen vorzulegen, welcher konkrete Vorschläge verbunden mit messbaren Zielen erhält, wonach Personen die ganz oder teilweise zu Lasten der Sozialhilfe leben, zu Arbeiten für die Allgemeinheit verpflichtet werden können“.

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Im Namen des Stadtrats  
Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Motion vom 19.02.2008

